

10.56

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Vizekanzler

Dr. Reinhold Mitterlehner: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler!

Geschätzte neue Regierungsmitglieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Auch wenn ich heute von einer unerwarteten Seite, nämlich von der Regierungsbank auf SPÖ-Seite, komme (*Heiterkeit – Ruf bei der ÖVP: New Deal!*), für manche die falsche Seite, hoffe ich doch, das Richtige ansprechen zu können.

Zuallererst ist mir der heutige Anlass wichtig: dass wir das neue Regierungsteam, den neuen Bundeskanzler auch hier im Plenum des Bundesrates vorstellen. Und ich möchte zuallererst dem neuen Bundeskanzler, dem gesamten Team alles Gute und gute Zusammenarbeit wünschen.

Wir haben schon in der Aktuellen Stunde gesehen, wie schnell es im Leben geht. Herr Mag. Leichtfried hat schon an der Aktuellen Stunde teilgenommen. Wir alle sind schon in die Probleme der Gegenwart, aber nicht nur in diese, sondern teilweise auch in jene der Vergangenheit und in Zukunftsfragen eingetaucht und setzen uns damit auseinander.

Ich möchte es aber auch nicht versäumen, da wir alle auch eine Geschichte haben und Teil der Geschichte sind, dem bisherigen Bundeskanzler Werner Faymann und seinem Team, jenen Damen und Herren, die nicht mehr dem neuen Team, der neuen Regierung angehören, für die Zusammenarbeit herzlich zu danken.

Natürlich gab es Unterschiede, aber es gab auch wichtige gemeinsame Projekte, ich darf nur drei exemplarisch erwähnen:

Wir haben gemeinsam die Wirtschaftskrise 2009, die gerade jetzt vielleicht im Auslaufen ist, bewältigt. Ich habe schon im Plenum des Nationalrates darauf hingewiesen, was wir alles für Sparer, aber auch für die Industrie investiert haben. Und das Wesentlichste ist – das ist noch nicht erwähnt worden –, dass keine Österreicherin und kein Österreicher wegen der Wirtschaftskrise ihr oder sein Vermögen oder sonst etwas verloren hat; im Wesentlichen haben wir alles, was Sparguthaben und anderes anlangt, sichergestellt. Das unterscheidet uns von anderen Ländern, auch wenn da oder dort vielleicht der eine oder andere Arbeitsplatz verloren gegangen ist, was bedauerlich ist. Und die Rolle der Sozialpartner wurde gerade in dieser Phase auch bestätigt und ihre Bedeutung aufgezeigt. Es war großartig, dass wir gemeinsam erkannt haben: Mit Kurzarbeit und mit einer gemeinsamen Vorgangsweise können wir

die Krise lösen. Das ist ein Aspekt, der in der Vergangenheit gut gelungen ist. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ, bei Abgeordneten der Grünen sowie der Bundesrätin Ecker.)*

Zum Zweiten haben wir die Steuerreform realisiert. Wenn Sie die Aussagen des WIFO vom Montag dieser Woche nachlesen oder vielleicht mitverfolgt haben, aber auch andere Wirtschaftsberichte sagen das, sogar das Ranking im IMD-Bereich, wo wir wieder leicht nach vorne gereiht worden sind, so ist dort die Begründung unter anderem die Steuerreform, dass der Konsum und mittlerweile sogar auch die Investitionen belebt wurden, ein durchaus großes und auch gelungenes Projekt. Das steht aber auch für die Ambivalenz: Es ist uns nicht gelungen, das Thema auch positiv zu verkaufen. Die Wirkung ist positiv – das Marketing wurde teilweise negativ beeinflusst durch die aus meiner Sicht übertriebene Diskussion der Problematik Registrierkassen, die in anderen Ländern, um auch die Steuereinnahmen entsprechend abzusichern, längst Realität sind und kein großes Diskussionsthema waren.

Damit bin ich beim dritten Thema, das auch zeigt, wie wichtig Diskussion und Weiterentwicklung sind: der Flüchtlingsproblematik. Es ist uns in Österreich in intensiver Diskussion gelungen, zu bewerkstelligen, dass wir das, was wir erlebt haben, nämlich unregelmäßigen Zugang, unkontrollierten Zugang über die Grenze in großen Massen, in eine systematische Vorgangsweise – kontrolliert und solidarisch auf europäischer Ebene – umwandeln, und das ist aus meiner Sicht nicht nur richtig und wichtig, sondern in diesem Fall war auch eine intensive Auseinandersetzung notwendig, die wir gemeinsam geführt haben.

Das Wichtigste und wahrscheinlich das Bedeutendste, das wir jetzt daraus ableiten können, ist, dass wir die Politik ändern müssen. Ich habe es schon mehrfach angesprochen: Wir sehen gerade beim Flüchtlingsthema, wie wichtig es ist, aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Das Thema liegt uns eigentlich näher, als wir jemals gedacht hätten, wenn Sie beispielsweise an die Problematik des brennenden Flüchtlingsheims denken.

Ich habe deswegen interveniert, weil es in Altenfelden passiert ist, und das ist in meinem Heimatbezirk. Ich muss sagen, es ist eine rühmliche Intervention, weil ich meinen Bezirk bisher eigentlich als Musterbeispiel an Hilfsbereitschaft und positiver Einstellung wahrgenommen habe. Ich möchte das auch nicht verallgemeinern: Ein Fall bedeutet noch lange nicht, dass die Einstellung bei allen so ist, aber wir sehen schon, dass wir gerade bei diesem Thema aus Betroffenen Beteiligte machen müssen, das heißt, die Integration anders leben, Probleme ernst nehmen und aufarbeiten, denn

sonst ist es wirklich nicht weit zu derartigen – ich möchte nicht sagen – Problemlösungsversuchen im negativen Sinn, dorthin, eine negative Qualität zu erhalten. Daher werden wir, was uns anbelangt, dem mit aller Kraft entgegentreten, und zwar mit einer aktiven, mit einer gemeinsamen Integrations- und Flüchtlingspolitik.

Zum Zweiten: Wenn es jetzt darum geht, etwas für die Zukunft abzuleiten, dann möchte ich auch dort anknüpfen: Wenn wir aus Betroffenen Beteiligte machen, wenn wir sehen, dass es gerade in der Flüchtlingsproblematik auch Ängste gibt, was die Zukunft anbelangt, und wenn wir das Thema unter den Begriffen Sicherheit, Integration, Migration behandeln, dann ist das einmal wichtig, weil richtig erkannt. Ja! Ich denke, es war auch wichtig, gerade im Sicherheitsbereich, was den Punkt U6 und anderes anbelangt, seitens des Parlaments und der Exekutive die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Die Bürger haben ein Recht auf Sicherheit.

Die Bürger haben auch ein Recht auf Klarheit. Wenn jetzt 37 500 als Obergrenze, die wir gemeinsam erarbeitet haben, angesprochen wurde, dann möchte ich gar nicht in eine Diskussion einsteigen, wie jetzt diese Zahl festgelegt wird, ob mit Dublin-Fällen oder ohne Dublin-Fälle – egal; das soll der Herr Innenminister in Abstimmung mit dem Verteidigungsminister klarstellen, das erwarten sich auch die Bürger. Ich bin auch kein Oberlehrer, aber auf der anderen Seite war das Problem schon, dass gesagt worden ist, es gehe um Asyl**berechtigte**, und das haben wir an sich eben nicht vereinbart.

Es kann ein Missverständnis sein, ein Lapsus Linguae – ich weiß es nicht –, aber Asylberechtigte sind diejenigen, die ein Verfahren abgeschlossen haben und im Land Österreich einen Status haben. Asyl und ein entsprechendes Zulassungsverfahren ist der andere Bereich. Ich stelle das jetzt nur einmal aus meiner Sicht fest, weil mir das wirklich unliebsam erscheint, aber es ist so. Daher gibt es da keinen Streit, aber es gibt auch klare Festlegungen, die im Prinzip nachvollziehbar sind. – Das zu dem Thema. Das erwarten sich auch die Bürger: Klarheit über Zahlen, Klarheit über Strategien, Klarheit über Positionen.

Ich sage jetzt schon eines: Es wird keine lustige Angelegenheit, wenn diese Obergrenze von 37 500 wirklich erreicht wird und es dann um die Umsetzung geht. Das bedeutet Schwierigkeiten in der gesamten Vollziehung, und das wird eine große Herausforderung sein. Ich sehe es aber als ganz wichtig auch für die Bürger an, dass wir die Herausforderung annehmen und das Problem lösen, denn: Warum ist die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich in den letzten Jahren so problematisch gewesen? – Gerade gestern hatten wir in Graz eine Veranstaltung, unter anderem mit einem Ökonomen, Herrn Helmenstein, und da haben wir darüber gesprochen, dass ein

Teil der schlechten Stimmung nicht nur die „Leistung“ der Regierung war, wie manche behaupten – ich halte das durchaus für diskutierbar –, sondern auch deswegen entstanden ist, weil die Medien zu 50 Prozent von Berichten über das Flüchtlingsthema dominiert waren.

Dieses Thema hat Angst erweckt, das Thema hat Zukunftsängste befeuert und Zukunftserwartungen negativ beeinflusst. Daher sehe ich es als wichtig an, dass man Ängsten entgegentritt, und zwar dadurch, dass man eben den Wirtschaftsbereich wieder in den Vordergrund rückt. Wenn ich das tue, wenn ich sage, wir nutzen unser Potenzial nach oben, dann sehe ich einfach auch eine große Möglichkeit, Arbeitsplätze entsprechend anders zu entwickeln und insgesamt eine andere Stimmung zu erreichen.

Ich sage Ihnen, der Optimismus der letzten Tage ist auch nach Meinung von Experten nicht unberechtigt. Wir werden 1,6 Prozent Wachstum erreichen. Wir haben jetzt im Wirtschaftsklimaindex, was die Zuversicht anbelangt, das erste Mal seit mehreren Monaten eine Drehung, eben weil das andere Thema nicht so dominiert, und wir sollten uns genau diesen Möglichkeiten widmen, nämlich ein unternehmerisches Österreich wieder in den Vordergrund zu rücken.

Meine Damen und Herren, ich habe **unternehmerisch** gesagt, nicht **die Unternehmer**, dass also das Aktive, das Leistungsorientierte, das die Eigenverantwortung Fördernde in den Vordergrund gerückt wird und erst dann die Absicherung, was Transferleistungen und soziale Notwendigkeiten anbelangt, kommt. Das ist ein gravierender Unterschied zu dem Denken, das wir jetzt da und dort erleben.

Diesbezüglich werden wir – wir haben es angesprochen – auch mehrere Projekte starten müssen, die Althergebrachtes hinterfragen. Auf unserer Seite ist das vielleicht die Gewerbeordnung, denn ich sehe beispielsweise Folgendes als Notwendigkeit: Wenn man einen unternehmerischen Zugang hat, dann kann es nicht einerseits Leute und Unternehmen geben, die in der Kammer organisiert sind, und andererseits Start-ups, die sagen: Wir brauchen gar nichts! Und wenn es bei der Hälfte aller Gewerbe freien Zugang gibt, dann genügt wahrscheinlich auch eine Mitgliedschaft für alle Tätigkeiten und man braucht keine vielfache. – Das sollten wir uns anschauen. Das habe ich gemeint mit: neue Rolle der Sozialpartner.

Das trifft unseren Bereich, das trifft **alle** Bereiche, und vor allem geht es darum, dass wir nicht immer verschiedene Themen – die eine Seite ist, sagen wir, Flexibilisierung der Arbeitszeit, die andere beispielsweise Ausweitung der Arbeitnehmerschutzrechte – Zug um Zug verbinden. Das ist eine Problematik, die wir entflechten sollten. Daher

sehe ich dort einen durchaus normalen und wichtigen Vorgang, aber auch in der Diskussion zum Beispiel betreffend die Organisation der Sozialversicherungen.

Meine Damen und Herren, ist Ihnen schon aufgefallen, was passiert, wenn wir im Ministerratsfoyer ankündigen, dass wir uns einmal die Studien anschauen und überprüfen werden, ob es nicht effizientere Formen der Zusammenarbeit und der Organisation insgesamt gibt? – Schauen Sie heute in die Zeitungen: lauter Festlegungen, bevor die ersten Ergebnisse da sind! Der Herr Soundso oder die Frau Soundso hält das eigentlich für problematisch, denkt, das ist eigentlich nicht wirklich sinnvoll, weil ... – Das ist ein Zugang, den es bei uns da und dort gibt, daher werden wir meiner Meinung nach auch Erwartungshaltungen anders ausrichten müssen – und sie hoffentlich brechen.

Sie haben verfolgt, dass diese Kulturänderung nicht immer einfach ist. Da und dort wird uns sicher, ich würde so sagen, ein Rückfall passieren, was nicht gut ist. Wir sollten eine neue Linie der Zusammenarbeit pflegen, das erwarten sich die Bürgerinnen und Bürger; daran werden wir auch gemessen werden. Das ist jetzt kein Lippenbekenntnis, sondern das ist aus meiner Sicht die objektive Wahrheit. Wir werden es in den nächsten Monaten sehen.

Ich darf nur noch ein Beispiel erwähnen – und möchte betreffend den Rest nur unterstreichen, was gesagt worden ist –, ein Beispiel, das auch mitspielt und das wir als Thema genommen haben, das ist die Metaebene Entbürokratisierung oder bessere Regulierung. Das gilt nicht nur für die Unternehmen, das gilt für **alle** Lebensbereiche, weil wir schon den Eindruck haben, der Staat ist überall überdimensional präsent. Gestern hat einer der Referenten bei der von mir angesprochenen Veranstaltung gesagt, wir brauchen sozusagen ein Jahr, während dem all die Regulierer freigesetzt werden und sich eine Pause nehmen – und alle haben applaudiert und gelacht.

Ich glaube aber, das Problem ist gar nicht, dass irgendwo jemand sitzt mit einem Kapperl, auf dem Regulierer steht, sondern das Problem ist unsere Kultur, unsere Vollziehung. Das haben wir über Jahre gepflegt mit den Prinzipien: Wir, der Nationalrat, der Bundesrat, machen da und dort, überall, Gold Plating, vielleicht mit guter Absicht. Wir machen Gesetze, damit wir Gesetze haben, und überprüfen nie, ob sie alle noch relevant sind. Nach ein paar Jahren hat sich das eine oder andere vielleicht wirklich nicht geändert.

Lassen Sie mich zu dem Thema folgendes Beispiel bringen: Das Arbeitnehmerschutzgesetz haben wir vor 20 Jahren im Parlament beschlossen. Die Arbeitswelt hat sich in den letzten 20 Jahren gravierend geändert, und die Frage ist:

Sind die Probleme von dazumal die Probleme von heute? – Ich glaube, nein. Daher sollten wir uns beispielsweise mit den Sozialpartnern diesen Themenstellungen widmen.

Auch diesbezüglich ein klares Wort: Sozialpartner haben wir immer, solange es Arbeitgeber und Arbeitnehmer gibt; die Qualität der Zusammenarbeit, die Qualität der Reformen können wir aber definieren und weiterentwickeln.

In diesem Sinn ist, glaube ich, alles aufbereitet. Es gibt viel zu tun! Das Motto wird nicht sein: Warten wir es ab!, das haben wir beide und das gesamte Team, meine ich, schon unterstrichen. Ich warte auf und erwarte mir einen Dialog mit Ihnen, der ja immer sehr positiv war, und ich hoffe in diesem Zusammenhang sowohl auf Ihre Kritik, aber auch auf Ihre Unterstützung. – Danke schön. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen.)*

11.09

Vizepräsidentin Ingrid Winkler: Ich danke dem Herrn Vizekanzler für seine Ausführungen.

Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Todt. – Bitte.